



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wko1@bundestag.de

Berlin, 21. Juni 2016

Pressemitteilung

Union blockiert - SPD knickt ein

Der Petitionsausschuss hat sich mehrheitlich dagegen entschieden, eine öffentliche Anhörung zu der Telekom-Petition abzuhalten, die von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eingereicht worden ist. Zu dieser Entscheidung erklärt **Beate Müller-Gemmeke**, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte:

Diese ver.di-Petition kritisiert die gewerkschaftsfeindliche Haltung von T-Mobile in den USA, und wendet sich damit an die Bundesregierung. Und das macht Sinn. Denn T-Mobile gehört zu 67 Prozent der Deutschen Telekom, und die Bundesrepublik Deutschland ist wiederum mit über 30 Prozent an der Telekom beteiligt. Die Bundesregierung soll und kann also Einfluss nehmen.

Rund 50.000 Menschen unterstützen mittlerweile diese Petition und ihr Ansinnen. Das reicht formal für eine öffentliche Anhörung. Mehrere Male haben wir als Oppositionsfraktion zusammen mit den Linken in den vergangenen Wochen versucht, im Petitionsausschuss ein Votum für eine öffentliche Anhörung zu bekommen. Doch die SPD hat eine Entscheidung stets verschoben, denn ihr Koalitionspartner, die Union, sperrte sich vehement gegen so viel Öffentlichkeit.

Jetzt knickte die SPD ein. Und nickt es ab, dass keine öffentliche Anhörung der Petition stattfindet. Dabei hätte eine solche Anhörung noch einmal deutlich machen können, wie bitter nötig es ist, dass die deutsche Seite sich einmischt. Denn die Beschäftigten bei T-Mobile werden ausgespät, eingeschüchtert, abgemahnt und auch gekündigt, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren wollen. Dabei – und das sollte auch der Bundesregierung klar sein, gelten die Ilo-Kernarbeitsnormen weltweit, auch in den USA. Deshalb müssen sich gerade Firmen mit deutscher Beteiligung wie T Mobil US auch im Ausland anständig verhalten.

Doch das ficht weder die Union noch die heutige Sozialdemokratie an. Ihren Abgeordneten ist die Koalitionsräson wichtiger als der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen. Vor allem missachtet diese Entscheidung die vielen Menschen, die Öffentlichkeit herstellen wollten und diese Petition unterstützen.